

03/2026

NEWSLETTER

DER FDP/BZD FRAKTION IM KREISTAG WESEL



"Der Niederrhein ist mehr als eine Region auf der Landkarte: Er ist Heimat, Lebensraum und Zukunftsraum."

Für einen starken Niederrhein: Unsere Arbeit im Kreistag Wesel

Liebe Freundinnen und Freunde der liberalen Politik im Kreis Wesel,

hinter uns liegen ereignisreiche Wochen, in denen wir als FDP/BZD-Kreistagsfraktion erneut zahlreiche Impulse für eine moderne, wirtschaftlich starke und bürgernahe Kreispolitik gesetzt haben. Über einige dieser Themen möchten wir Sie in dieser Ausgabe unseres Newsletters informieren.

Im Mittelpunkt stand die Beratung unseres Antrags zum Austritt des Kreises Wesel aus dem Regionalverband Ruhr (RVR). Leider fand unser Antrag nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Damit

bleibt der Kreis Wesel zunächst Mitglied eines Verbandes, dessen Nutzen wir seit Jahren kritisch hinterfragen.

Für uns ging es dabei um weit mehr als die jährlichen Millionenbeträge, die der Kreis Wesel an den RVR zahlt. Es ging um die Zukunft der Regionalplanung und um die Frage, ob die Interessen des Niederrheins ausreichend berücksichtigt werden. Das jüngste Urteil des Obergerverwaltungsgerichts Münster hat unsere Kritik eindrucksvoll bestätigt: Bereits zum zweiten Mal ist der Regionalplan Ruhr in wesentlichen Teilen vor Gericht gescheitert. Gleichzeitig hat die Bezirksregierung Düsseldorf innerhalb von nur vier Jahren einen rechtssicheren Regionalplan aufgestellt. Für uns ist deshalb klar: Die Regionalplanung des Kreises Wesel gehört zurück zur Bezirksregierung Düsseldorf.

Besonders bedauerlich ist, dass CDU und Grüne ihre Haltung geändert haben. Noch im Jahr 2022 hatten beide Fraktionen gemeinsam mit der FDP den Austritt des Kreises Wesel aus dem RVR beantragt. Die damaligen Argumente gelten aus unserer Sicht unverändert – das OVG-Urteil hat sie sogar zusätzlich bestätigt. Auch wenn unser Antrag dieses Mal keine Mehrheit gefunden hat, werden wir dieses Thema weiter mit Nachdruck verfolgen.

Darüber hinaus haben wir den Landrat aufgefordert, die Auswirkungen des OVG-Urteils für den Kreis Wesel umfassend darzustellen und die Konsequenzen für die Regionalplanung transparent aufzuarbeiten. Ebenso haben wir einen aktuellen Sachstandsbericht zur Übernahme der Kosten von Fehlfahrten im Rettungsdienst eingefordert, um mehr Klarheit für Kommunen und Bürger zu schaffen.

Erstmals haben wir auch zu einer öffentlichen Fraktionssitzung eingeladen. Der direkte Austausch mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden und Initiativen ist für uns gelebter Liberalismus. Politik wird besser, wenn sie zuhört und unterschiedliche Perspektiven einbezieht, insbesondere auch aus den Städten und Gemeinden unseres Niederrhein-Kreises.

Ich wünsche Ihnen nun eine interessante Lektüre unserer dritten Newsletter-Ausgabe und freue mich wie immer über Ihre Anregungen, Ihre Kritik und den persönlichen Austausch.

Bis bald!

Constantin Borges

Fraktionsvorsitzender der FDP/BZD-Kreistagsfraktion Wesel



Austritt aus der Metropolregion Rheinland beschlossen.



Bereits im ersten Newsletter haben wir darüber berichtet, dass unser Antrag zum Austritt des Kreises Wesel aus der Metropolregion Rheinland zunehmend politische Unterstützung findet. Inzwischen ist daraus eine konkrete Entscheidung geworden: Der Kreistag hat am 9. Juli 2026 den Austritt des Kreises Wesel beschlossen.

Für uns ist dieser Beschluss ein weiterer Baustein einer verantwortungsvollen Haushalts- und Strukturpolitik. Bereits früh haben wir angeregt, die Mitgliedschaft kritisch auf ihren tatsächlichen Nutzen für den Kreis Wesel zu überprüfen. Aus unserer Sicht müssen freiwillige Mitgliedschaften und Organisationsstrukturen regelmäßig daraufhin bewertet werden, welchen konkreten Mehrwert sie für die Bürgerinnen und Bürger sowie die kreisangehörigen Kommunen bieten.

Kosten und Nutzen konsequent hinterfragen

Mitgliedschaft zunehmend nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zu den Vorteilen für den Kreis Wesel. Deshalb haben wir den Austritt beantragt und für eine Konzentration auf regionale Kooperationen geworben, die unmittelbar den Interessen unseres Kreises dienen.

Mit dem nun gefassten Beschluss folgt der Kreistag diesem Kurs. Das zeigt erneut, dass sich beharrliche Sacharbeit auszahlen kann. Politische Veränderungen entstehen häufig nicht über Nacht, sondern durch kontinuierliche Anträge, nachvollziehbare Argumente und den Willen, bestehende Strukturen immer wieder kritisch zu hinterfragen.

Auch künftig werden wir uns dafür einsetzen, Ausgaben konsequent auf ihren Nutzen zu überprüfen und die finanziellen Spielräume des Kreises dort einzusetzen, wo sie den Menschen im Kreis Wesel den größten Mehrwert bringen.

Sparen statt Spendieren

von Dirk Hetkamp (stellv. Vorsitzender)

FDP/BZD setzt sich mit Antrag zum Austritt aus der Metropolregion Rheinland durch

Und sie bewegt sich doch, die Kreistagsmehrheit – einstimmig folgte der Kreistag Wesel jetzt einem Antrag der FDP/BZD-Kreistagsfraktion, aus Gründen der Haushaltskonsolidierung die freiwillige Mitgliedschaft des

Kreises Wesel im Verein „Metropolregion Rheinland e.V.“ zu kündigen. Schon im März 2026 wurde der Antrag von der FDP/BZD-Kreistagsfraktion eingebracht und jetzt dann beschlossen – geht doch!

Somit werden beim Kreis-Haushalt dauerhaft jedes Jahr Haushaltsmittel in Höhe von rund 22.000 Euro zzgl. Gremien- und Sachkosten eingespart. Hintergrund: Die Interessenvertretung des Kreises in regionalen und überregionalen Fragen erfolgt bereits vollumfänglich über bestehende Strukturen, insbesondere über den Landkreistag NRW sowie weitere interkommunale Zusammenschlüsse. Der FDP/BZD-Fraktion war wichtig, mit der Kündigung dieser Mitgliedschaft eine ineffiziente und überflüssige Doppelstruktur zu beenden.

Ansonsten warten wir im Kreis Wesel weiter auf Sparvorschläge von CDU/SPD/Grünen+UWG sowie von AfD/Linken. Bisher: Fehlanzeige. Statt dessen in jeder Kreistagssitzung seit der Kommunalwahl mit den Stimmen von Landrat, CDU/SPD/Grünen+UWG sowie von AfD/Linken neue Beschlüsse, die ohne Not den Kreishaushalt und damit die Kreis-Kommunen belasten – Spendierlaune statt Sparwille. Die FDP/BZD-Kreistagsfraktion wird demgegenüber weiter konsequent auf Konsolidierungskurs bleiben – warten wir mal ab, wie lange die Kreistags-Mehrheit ihren Spendier-Kurs gegenüber den klammen Kreis-Kommunen, die die Zeche ja bezahlen müssen, noch rechtfertigen kann.^a

[ZUM ANTRAG](#)

Sozialpakt im Kreis Wesel



Verlässlichkeit für soziale Angebote, Transparenz bei langfristigen Verpflichtungen

Bei den aktuellen Beratungen über einen möglichen Sozialpakt im Kreis Wesel geht es um die zukünftige Finanzierung freiwilliger sozialer Leistungen. Bei einem Treffen der Kreistagsfraktionen mit der Arbeitsgemeinschaft Wohlfahrt am 14. Juli wurde dabei über eine grundlegende Neuausrichtung gesprochen, die von den Beteiligten selbst als „Systemwechsel“ bezeichnet wurde.

Im Mittelpunkt steht die Frage, ob bisher jährlich getroffene Entscheidungen über freiwillige Leistungen künftig durch längerfristige oder unbefristete Verträge ersetzt werden könnten. Auch eine regelmäßige Anpassung der Zahlungen steht im Raum. Für die Träger sozialer Angebote würde dies mehr Planungssicherheit schaffen. Gleichzeitig könnten für den Kreis langfristige finanzielle Verpflichtungen entstehen.

Für uns ist wichtig, beide Seiten im Blick zu behalten: Soziale Angebote brauchen Verlässlichkeit. Gleichzeitig handelt es sich bei diesen Leistungen um freiwillige Aufgaben des Kreises. Damit liegt es in der politischen Verantwortung des Kreistages, über Umfang, Finanzierung und Ausgestaltung zu entscheiden. Im Rahmen der Beratungen wurde entsprechend auch deutlich gemacht: „Nichts von dem müssen wir tun.“

Langfristige Entscheidungen brauchen Transparenz

Kritisch sehen wir deshalb den bisherigen Umgang mit der öffentlichen Diskussion. Im Zusammenhang mit den Beratungen wurde unter anderem geäußert: „Wir wollen, dass das noch nicht an die Presse kommt“ und „Gehen erst an die Presse, wenn wir fertig sind.“

Aus unserer Sicht sollte es umgekehrt sein: Wenn über langfristige finanzielle Verpflichtungen des Kreises gesprochen wird, muss die politische Diskussion transparent und nachvollziehbar geführt werden, bevor entsprechende Entscheidungen getroffen werden.

Deshalb wollen wir eine offene Diskussion vor dem Abschluss langfristiger Verträge. Dabei müssen die finanziellen Auswirkungen, mögliche automatische Anpassungen der Leistungen und die Frage einer langfristigen Bindung künftiger Kreistage transparent auf den Tisch.

Es geht ausdrücklich nicht um die Frage, ob soziale Arbeit unterstützt werden soll. Das steht für uns außer Frage. Entscheidend ist vielmehr, wie freiwillige Leistungen künftig finanziert werden und welche Verpflichtungen daraus für den Kreis und damit letztlich auch für die Kommunen entstehen.

Soziale Angebote brauchen Verlässlichkeit. Politische Entscheidungen mit langfristigen finanziellen Folgen brauchen Transparenz.

[ZUR HOMEPAGE](#)

OVG-Urteil: Scherbenhaufen und Niederrhein-Kreis second! Kreistag verpasst Chance für eine zukunftsfähige Regionalplanung

von Dirk Hetkamp (stellv. Vorsitzender)



Bild: Carwa

Das Scheitern des Regionalverbands Ruhr (RVR) mit seiner Regionalplanung vor dem OVG hat deutlich gezeigt: Der RVR kann es nicht. Das ist nicht gut für den Kreis Wesel: In 15 Jahren hat es der RVR nicht geschafft, einen rechtskräftigen Regionalplan aufzustellen - gleich zwei Mal ist er vor Gericht damit krachend gescheitert. Zum Vergleich: Die Bezirksregierung Düsseldorf benötigte lediglich vier Jahre, um einen rechtssicheren Regionalplan für den Niederrhein auf den Weg zu bringen.

Die Regionalplanung im niederrheinischen Kreis Wesel benötigt jetzt dringend eine planerische und kommunikative Kompetenz mit einer auch langfristig gesicherten Entwicklungsperspektive für den gesamten Niederrhein einschließlich des Kreises Wesel - die Regionalentwicklung des Niederrheins im Regierungsbezirk Düsseldorf sollte wieder zusammenhängend geplant werden können.

Daher ist es nach Auffassung der FDP/BZD-Kreistagsfraktion dringend geboten, die Regionalplanung für den Kreis Wesel wieder bei der Bezirksregierung Düsseldorf zu organisieren, bei der sie bis 2010 bereits angesiedelt war.

Die Übertragung der Regionalplanung für die RVR-Mitgliedskörperschaften an den Regionalverband Ruhr war eine folgenreiche Fehlentscheidung des Landes besonders zu Lasten des niederrheinischen Kreises Wesel. Denn der Kreis Wesel gehört wirtschaftlich, kulturell und landschaftlich zum Niederrhein und nicht zum Ruhrgebiet. Die RVR-Mitgliedschaft kostet die Menschen im Kreis Wesel zudem Millionen Euro an Zwangsbeiträgen ohne erkennbaren Netto-Nutzen – der Kreis Wesel bzw. über die Kreisumlage die Kreis-Kommunen finanzieren unterm Strich RVR-Leistungen für das Ruhrgebiet zwischen Duisburg und Dortmund. Auch bei der RVR-Regionalplanung lässt sich beim RVR erkennen: Ruhrgebiet first, Niederrhein second.

Diese Fehlentwicklung zu Lasten des Kreises Wesel hätte der Kreistag Wesel aus eigener Kraft korrigieren können – indem er mit notwendiger Zweidrittel-Mehrheit jetzt den Austritt aus dem RVR auf den Weg gebracht hätte, um mittelfristig damit wieder zur Regionalplanung des Regierungsbezirks Düsseldorf zurückzukehren. Deshalb hatte die FDP/BZD-Fraktion dem Kreistag einen Austritts-Antrag vorgelegt. Zur Erinnerung: Das Zeitfenster für einen RVR-Austritt ist nur 18 Monate nach einer Kommunalwahl geöffnet.

In der vorangegangenen Wahlperiode wurde die für einen Austritt vorgeschriebene Zweidrittel-Mehrheit knapp verfehlt. Vor vier Jahren stimmten Landrat, CDU, Grüne, FDP noch mit einem gemeinsamen Austritts-Antrag für einen Austritt. Diesmal stimmten im Kreistag Landrat, CDU, Grüne seit an seit mit der SPD und mit fast schon verlässlicher Unterstützung von AfD und Linken geschlossen nicht für einen Austritt.

Haben sich die Dinge denn grundlegend geändert? Ja, haben sie – in zweifacher Hinsicht: Erstens, es ist mit dem RVR aus Sicht des Kreises Wesel alles noch schlechter geworden. Und zweitens, für CDU/Grüne offenbar jedoch wichtiger als die Sache und die vormals eigene Position: Sie sind im Kreistag jetzt mit dem RVR-Fanclub der SPD-Kreistagsfraktion in einer Kooperation – daher Machterhalt statt Sachpolitik im Interesse unseres niederrheinischen Kreises?

Was bleibt: Der Kreis Wesel hat eine Chance verpasst - die gravierenden negativen Folgen für den Kreis Wesel sind eindeutig, der Scherbenhaufen ist angerichtet. Wer jetzt als Verantwortlicher im Kreis Wesel noch meint, der Kreis Wesel sei beim RVR weiterhin gut aufgehoben, der hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden oder handelt politisch leider nicht zum Wohl des Kreises.

ZUM ANTRAG

KRITIS-Dachgesetz : Sachstandsabfrage weiterhin ohne Antwort



Bereits kurz nach der Verabschiedung des KRITIS-Dachgesetzes durch den Deutschen Bundestag haben wir eine umfassende Sachstandsabfrage an den Landrat gerichtet. Ziel war es, frühzeitig einen Überblick darüber zu erhalten, wie der Kreis Wesel auf außergewöhnliche Krisenlagen vorbereitet ist und an welchen Stellen möglicherweise weiterer Handlungsbedarf besteht.

Bis heute liegt der FDP/BZD-Kreistagsfraktion jedoch keine Beantwortung der Anfrage vor. Auch eine Rückmeldung zum Bearbeitungsstand ist bislang ausgeblieben. Aus unserer Sicht ist das kritisch zu bewerten. Gerade bei einem Thema von so großer Bedeutung für den Bevölkerungsschutz und die Kritische Infrastruktur sollte der Kreistag zeitnah informiert werden.

Nach unserem Kenntnisstand arbeitet die Kreisverwaltung inzwischen an der Beantwortung der Anfrage. Wir begrüßen dies ausdrücklich und erwarten eine umfassende Darstellung der bestehenden Vorsorgekonzepte und Schutzmaßnahmen.

Für uns bleibt klar: Eine belastbare Krisenvorsorge beginnt mit Transparenz. Nur wenn Politik und Verwaltung über ein gemeinsames Lagebild verfügen, können notwendige Entscheidungen rechtzeitig getroffen und die Resilienz des Kreises Wesel nachhaltig gestärkt werden.

[ZUM ANTRAG](#)

Rettungsdienst im Fokus: Versorgung sichern, Finanzierung klären



Eine funktionierende Notfallversorgung gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Kreises. Gleichzeitig stellt sich derzeit die Frage, wie sogenannte Fehlfahrten des Rettungsdienstes künftig finanziert werden.

Von einer Fehlfahrt spricht man, wenn der Rettungsdienst ausrückt, die Patientin oder den Patienten vor Ort medizinisch versorgt und anschließend entscheidet, dass kein Transport ins Krankenhaus erforderlich ist. Gerade diese Möglichkeit ist medizinisch sinnvoll, weil unnötige Krankenhausaufenthalte vermieden und Rettungsmittel schneller wieder einsatzbereit sind. Bislang war jedoch umstritten, wer die Kosten solcher Einsätze trägt.

Das Land Nordrhein-Westfalen, die kommunalen Spitzenverbände und die gesetzlichen Krankenkassen haben deshalb eine Übergangslösung für das Jahr 2026 vereinbart. Danach beteiligen sich die Krankenkassen zunächst weiterhin an der Finanzierung dieser Einsätze. Gleichzeitig soll die Struktur des Rettungsdienstes überprüft und gemeinsam mit der geplanten Reform der Notfallversorgung auf Bundesebene zukunftsfähig weiterentwickelt werden.

Um die Auswirkungen dieser Regelung auf den Kreis Wesel transparent zu machen, haben wir eine Sachstandsabfrage an den Landrat gestellt. Die Kreisverwaltung hat inzwischen geantwortet. Nach aktuellem Stand geht es im Kreis Wesel um aufgelaufene Kosten von rund 425.000 Euro. Eine neue Gebührensatzung wurde bereits beschlossen. Ob und in welchem Umfang die Kostenträger diese Kosten übernehmen werden, steht derzeit noch aus.

Für uns ist entscheidend, dass medizinisch sinnvolle Entscheidungen nicht an Finanzierungsfragen scheitern. Gleichzeitig müssen die vorhandenen Ressourcen im Rettungsdienst effizient eingesetzt werden, damit unnötige Kosten vermieden und die Einsatzbereitschaft dauerhaft gesichert werden können. Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass Hilfe schnell und zuverlässig kommt. Wir werden die weitere Entwicklung aufmerksam verfolgen und darauf achten, dass Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und eine faire Finanzierung gleichermaßen im Blick bleiben.

[ZUM ANTRAG](#)

Interkommunal und digital auf den Straßen im Kreis unterwegs



Neues Projekt für Straßenbefahrungen zur digitalen Erfassung

von Dirk Hetkamp (stellv. Vorsitzender)

Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Wesel und verstärkte Digitalisierung – diese Ziele sind im Status der FDP/BZD-Kreistagsfraktion angeführt. In diesem Zusammenhang unterstützt die liberale Fraktion ein interkommunales Projekt zur kreisweiten Straßenbefahrung mit digitaler Unterstützung, das jetzt der Kreispolitik vorgestellt wurde.

Notwendige Straßenbefahrungen zur digitalen Erfassung in den Kreis-Kommunen und auf Kreis-Straßen sollen künftig im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit organisiert werden. Der Kreis hat koordiniert, die Kommunen stimmen sich in der Ausführung ab und sparen dadurch durchaus beträchtliche Summen in ihren Haushalten. Diese Straßenbefahrungen mit dem Ziel der Erstellung eines daraus abgeleiteten digitalen Straßennetzes, so die Kreisverwaltung, sollen auch bei der Erstellung eines kreisweiten digitalen Straßennetzes helfen, um eine einheitliche, objektive und revisionssichere Datengrundlage zu schaffen.

Steigende gesetzliche Anforderungen an kommunale Pflichtaufgaben unter anderem in den Bereichen der Verkehrssicherungspflicht, des Verkehrszeichenmanagements, des Infrastrukturmanagements sowie der Bauleitplanung und Straßenplanung sorgen für eine hohe Ressourcenauslastung in den betroffenen Kommunen sowie deren zuständigen Organisationseinheiten sowie den Fachdiensten der Kreisverwaltung Wesel – hier soll das neue interkommunale Projekt unterstützen und Verwaltungsaufwand reduzieren.

**Offene Fraktionssitzung: Transparenz, Austausch und
Zusammenarbeit im Mittelpunkt**



Wie können wir die Zusammenarbeit zwischen Kreispolitik und den Städten weiter verbessern? Mit dieser Frage im Hinterkopf hat die FDP/BZD-Kreistagsfraktion zu einer offenen Fraktionssitzung eingeladen. Gemeinsam mit Ratsmitgliedern der FDP-Fraktionen aus den Städten des Kreises Wesel stand der fachliche und persönliche Austausch im Mittelpunkt.

Als Gast durften wir Fabian Griewel, Leiter Verkehr und Mobilität der Niederrheinischen IHK, begrüßen. Er nahm zum Nahverkehrsplan des Kreises Wesel aus wirtschaftlicher Sicht Stellung und zeigte auf, welche Bedeutung ein leistungsfähiges und ausgewogenes Verkehrssystem für Arbeitnehmer, Unternehmen, Handel und Logistik hat. Im anschließenden Austausch wurden zahlreiche Fragen diskutiert und unterschiedliche Sichtweisen eingebracht.

Neben dem Nahverkehrsplan wurde auch das aktuelle Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster zum Regionalplan Ruhr sowie dessen Auswirkungen auf die Region und unsere Forderung nach einem Austritt des Kreises Wesel aus dem Regionalverband Ruhr thematisiert.

Mindestens genauso wichtig wie die inhaltlichen Diskussionen waren die Gespräche am Rande der Veranstaltung. In der Pause bot sich bei einer gemeinsamen Pizza die Gelegenheit, Kontakte zu pflegen, Erfahrungen aus den Kommunen auszutauschen und neue Ideen zu entwickeln. Genau dieser offene Dialog macht das Format so wertvoll.

Für uns steht fest: Transparenz lebt vom Austausch. Deshalb möchten wir offene Fraktionssitzungen künftig regelmäßig durchführen und dabei auch weiterhin externe Fachleute zu aktuellen Themen einladen. So schaffen wir mehr Transparenz, stärken die Zusammenarbeit zwischen Kreis und Kommunen und bringen unterschiedliche Perspektiven frühzeitig in politische Entscheidungen ein.

Wir bedanken uns bei Fabian Griewel sowie bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die engagierten Beiträge und freuen uns bereits auf die nächste offene Fraktionssitzung.

[ZUR HOMEPAGE](#)

Mehr Freiheit im Postfach!

Kennen Sie jemanden, den unsere Themen interessieren könnten? Leiten Sie diesen Newsletter gern weiter.

Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen? Dann abonnieren Sie ihn hier:

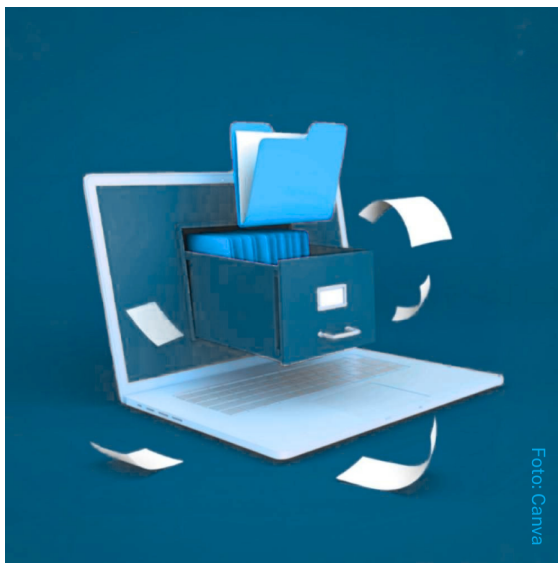
[NEWSLETTER ANMELDUNG](#)



Alles auf einen Blick!

Alle unsere Anträge und Anfragen finden Sie übersichtlich auf unserer Homepage. Wenn Sie sich umfassender über die Arbeit unserer Fraktion informieren möchten, lohnt sich ein Besuch jederzeit.

[ZUR HOMEPAGE](#)



FDP/BZD Fraktion im Kreis Wesel

Vertreten durch: Constantin Borges

Reeser Landstraße 31, Raum 010, 46483 Wesel

E-Mail: fdp-bzd-fraktion@kreis-wesel.de

Telefon: 0281 2072014

**Freie
Demokraten**

Kreistagsfraktion
Wesel

FDP

BZD

BÜRGERLISTE ZUKUNFT